



Rathaus Umschau

Freitag, 16. Dezember 2011

Ausgabe 240

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› Solidaritätsadresse an die Angehörigen der beiden Münchner Neonazi-Mordopfer	3
› Unfallkasse München und Bayerischer GUVV fusionieren zur „Kommunalen Unfallversicherung Bayern“	4
› Fit durch den Winter mit dem Radl-Sicherheitscheck	5
› Margarethe von Trotta zu Gast im Filmmuseum	5
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 12. bis 15. Dezember	6
Antworten auf Stadtratsanfragen	7
› Der Taxisgarten, eine Idylle in Gern, für die Öffentlichkeit zugänglich machen	7
› Raumsituation in der Grundschule an der Herrnstraße	9
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	11



Terminhinweise

Wiederholung

Sonntag, 18. Dezember, 11.30 Uhr,

Weltsalon, Tollwood-Gelände, Theresienwiese

Bürgermeister Hep Monatzeder nimmt an der Podiumsdiskussion des Bayerisch-Afrikanischen Frühschoppens teil. Die Diskussion wird sich unter anderem mit dem Thema Migration und Integration beschäftigen.

Mittwoch, 21. Dezember, 9.15 Uhr,

Besprechungsraum 300, Burgstraße 4

Plenumsitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. das Referat „Aktuelles aus der Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege“ von Kornelie Rahnama, Leiterin der Beschwerdestelle.

Mittwoch, 21. Dezember, 10 Uhr, Grütznerstube im Rathaus

Anlässlich des Starts des Münchner Facility Managements und der zeitgleichen Übergabe eines Großteils des städtischen Wohnungsbestandes an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG zum 1. Januar 2012 stellen Oberbürgermeister Christian Ude, Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk und Stadtdirektor Axel Markwardt vom Kommunalreferat gemeinsam mit Gordona Sommer, Geschäftsführerin der GEWOFAG, und Dietmar Bock, Geschäftsführer der GWG, die Ergebnisse der Bündelung des städtischen Wohnungsbestandes bei den Wohnbaugesellschaften der Stadt und die anspruchsvolle Aufgabe eines zentralen Immobilienmanagements durch das Kommunalreferat vor.

Mittwoch, 21. Dezember, 19 Uhr,

vor der Synagoge am St.-Jakobs-Platz

Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum Channukka-Fest der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern.

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 23. Dezember, 14 bis 15 Uhr

Telefonische Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel, Telefon 22 80 26 76.

Meldungen

Solidaritätsadresse an die Angehörigen der beiden Münchner Neonazi-Mordopfer

(16.12.2011) Bürgermeister Hep Monatzeder empfing gestern im Namen und Auftrag des Münchner Stadtrates Angehörige der beiden Münchner Mordopfer der so genannten Zwickauer Terrorzelle in seinem Amtszimmer. Dort sprach er den Hinterbliebenen die Solidarität des Münchner Stadtrates sowie der Münchner Bürgerinnen und Bürger aus.

„Durch die Ereignisse der letzten Tage und Wochen ist es zur Gewissheit geworden, dass der Tod von Habil Kilic und Theodoros Boulgarides, wie auch der sieben weiteren Opfer dieser in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Mordserie, auf die menschenverachtende, fremdenfeindliche Tat von Neonazis zurückzuführen ist. Diese Erkenntnis erschüttert das demokratische Deutschland und insbesondere auch die Bürgerinnen und Bürger und politisch Verantwortlichen der Landeshauptstadt München“, so Monatzeder. „In den letzten Tagen, Wochen und Monaten mussten wir auf schmerzhaft Weise erfahren, dass es in Deutschland seit langer Zeit einen aktiven Rechtsradikalismus gibt. Besonders bestürzend und beschämend ist es, dass es den Sicherheitsbehörden nicht gelungen ist, diese abscheulichen Verbrechen zu verhindern. Dafür wollen wir uns in aller Form bei Ihnen entschuldigen. Durch diese schrecklichen Taten wurde Ihnen als Hinterbliebenen von einem Moment auf den anderen die Lebensgrundlage entzogen. Als Opfer leiden sie bis heute an den Folgen: Ihre sozialen Verbindungen, Ihre familiären Beziehungen und Ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage wurden zerstört.“

Als mindestens ebenso schlimm wertete Monatzeder die Tatsache, dass einzelne Angehörige aufgrund fehlerhafter Ermittlungen und falscher Verdächtigungen zusätzlichen, kaum erträglichen Belastungen ausgesetzt gewesen seien: „Sie hatten – und haben – nicht nur den Tod geliebter Familienmitglieder zu beklagen, sondern wurden durch massive Ermittlungsmethoden zeitweise selbst in die Nähe potentieller Täter gerückt“.

Das viel zu lange Festhalten an der falschen Ausgangshypothese habe mit dazu beigetragen, dass diese beispiellose Mordserie so lange nicht aufgeklärt werden konnte, stellte Monatzeder fest. Insbesondere das Verhalten der Medien sei auf Seiten der Angehörigen als zutiefst verletzend empfunden worden: So habe die Bezeichnung „Döner-Morde“ suggeriert, dass es sich um kriminelle Beziehungstaten unter Ausländern handele. Erst sehr spät habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es sich bei den

Verbrechen tatsächlich um eine perfide und ausgefeilte Mordserie eines rechtsextremen Terrornetzwerkes handelte.

Monatzeder: „Auch wenn diese Erkenntnis die Tat nicht ungeschehen macht und Ihren Schmerz über den Verlust geliebter Familienmitglieder nicht lindern kann, versichere ich Sie im Namen und Auftrag des Münchner Stadtrats der Solidarität der Münchnerinnen und Münchner und des von diesen gewählten politischen Gremiums. Die Landeshauptstadt München wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternehmen, um die Opferfamilien zu unterstützen. Ich appelliere zudem an alle weiteren Bundes- und Landesbehörden und Institutionen, die bereits Hilfszusagen getätigt haben, diese schnell und unbürokratisch umzusetzen. Lassen Sie uns im Angesicht dieser bestialischen Taten mit noch mehr Aufgeschlossenheit, noch mehr Offenheit und noch mehr Integrationswillen aufeinander zugehen, um ein friedliches Miteinander unterschiedlicher Lebensweise und Lebensstile in unserer weltoffenen Stadt München zu bewahren.“

Unfallkasse München und Bayerischer GUVV fusionieren zur „Kommunalen Unfallversicherung Bayern“

(16.12.2011) Am 1. Januar 2012 beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der gesetzlichen Unfallversicherung in Bayern. Die kommunalen Unfallversicherungs-Träger, die Unfallkasse München (UKM) und der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband (Bayerischer GUVV), schließen sich zur „Kommunalen Unfallversicherung Bayern“ (KUVB) zusammen.

Als die Eigenunfallversicherung der Landeshauptstadt München im Jahr 1892 gegründet wurde, war das ein Meilenstein für Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten in den kommunalen Einrichtungen. In den seither vergangenen 119 Jahren konnte die Unfallkasse München, wie sie seit 1998 heißt, viele weitere Akzente setzen. Dank neuer Erkenntnisse zur Prävention und Rehabilitation sind Beschäftigte, Schüler, Studenten, Kita-Kinder, Feuerwehrdienstleistende und sonstige Ehrenamtliche heute bei ihren Tätigkeiten besser geschützt und nach Unfällen weit besser versorgt.

Durch die Fusion der kommunalen Unfallversicherungs-Träger in Bayern lassen sich gemeinsame Präventionsstrategien in Zukunft noch besser entwickeln und umsetzen, um den Präventionsstandard zu verbessern. Auch ist geplant, moderne, zukunftsweisende Reha-Management-Maßnahmen zum Nutzen der Versicherten zu implementieren. Zudem werden durch die gemeinsame Verwaltung Synergieeffekte erreicht.

Die Fusionsverhandlungen konnten nach zwei Jahren erfolgreich abgeschlossen werden. Die neue KUVB ist Rechtsnachfolgerin der Unfallkasse München und des Bayerischen GUVV. Alle Mitgliedsbetriebe und alle Versi-

cherten gehen deshalb automatisch in die Zuständigkeit der KUVB über. Auf die bewährte, vertrauensvolle Mitgliederbetreuung und auf den hohen Standard der Versicherungsleistungen dürfen sich die Versicherten natürlich weiterhin verlassen. Die Bayerische Landesunfallkasse bleibt als rechtlich selbständiger Träger bestehen; sie wird ab 1. Januar 2012 von der KUVB in Verwaltungsgemeinschaft mitgeführt.

Informationen zur Kommunalen Unfallversicherung Bayern sind ab 1. Januar 2012 unter www.kuvb.de zu finden.

Fit durch den Winter mit dem Radl-Sicherheitscheck

(16.12.2011) Am 20. und 21. Dezember macht der Sicherheitscheck der Radlhauptstadt München Halt auf dem Odeonsplatz. In der Zeit von 10.30 bis 16.30 Uhr können Bürgerinnen und Bürger ihr Radl kostenlos auf Verkehrstauglichkeit überprüfen lassen.

Bei den Winterchecks gehen die Rad-Profis besonders auf die Tücken der kalten Jahreszeit ein. Damit Radler trotz Dunkelheit und rutschigem Untergrund sicher auf Münchens Straßen unterwegs sind, liegt das Augenmerk bei den Winterchecks vor allem auf einer korrekten Beleuchtung sowie auf einwandfrei funktionierenden Bremsen. An Fahrrädern, die kleine Mängel aufweisen, führen die Radl-Checker direkt vor Ort Reparaturen durch. Zum Service gehören unter anderem das Nachziehen der Bremsen oder das Einstellen von Dynamos. Darüber hinaus halten die Radl-Checker Ratschläge bereit, wie man beispielsweise sein Fahrrad trotz Nässe und Streusalz gegen Rost schützt, wie man im Winter sicher radelt und wo man größere Reparaturen durchführen lassen kann.

Im Jahr 2012 folgen weitere Termine des Sicherheitschecks. Diese werden rechtzeitig auf www.radlhauptstadt.de bekannt gegeben.

Margarethe von Trotta zu Gast im Filmmuseum

(16.12.2011) Zum Auftakt der Retrospektive mit Filmen von und mit Margarethe von Trotta ist die Schauspielerin und Regisseurin am Mittwoch, 21. Dezember, um 19 Uhr persönlich im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, zu Gast. Gezeigt werden das Porträt „Die Neugier immer weiter treiben – Die filmische Befreiung der Margarethe von Trotta“ (1995, 60 Minuten) von Peter Buchka und ihre erste autobiografisch getönte Drehbucharbeit, „Strohfeuer“, unter der Regie von Volker Schlöndorff, in der sie auch die Hauptrolle der Elisabeth Junker spielt. „Strohfeuer“ (BRD 1972, Regie: Volker Schlöndorff, Buch: Margarethe von Trotta, Volker Schlöndorff, Kamera: Sven Nykvist, Darsteller: Margarethe von Trotta, Friedhelm Ptok, Martin Lüttge, Walter Sedlmayr, 98 Minuten) erzählt von einer jungen Frau, die aus der Ehe ausbricht. Sie lässt sich



scheiden, sucht sich eine eigene, bezahlte Arbeit und kämpft um das Sorgerecht für ihren Sohn. Ihr Wunsch nach Selbstverwirklichung stößt jedoch bald auf innere und äußere Hindernisse. Nicht nur die Zwänge der Arbeitswelt und die Borniertheit der Männer, sondern auch eigene, verinnerlichte Rollenfixierungen stehen ihrer wahren Befreiung und Emanzipierung im Wege.

Der Filmjournalist Thilo Wydra hält eine Einführung. Margarethe von Trotta steht nach der Vorführung für eine Diskussion mit dem Publikum zur Verfügung. Der Eintritt kostet 5 Euro, ermäßigt 4 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich. Pressefotos können auf Anfrage unter 2 33-2 05 38 gerne zugeschickt werden.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 12. bis 15. Dezember

(16.12.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Einsatzzahlen:

Personal: 356 Fahrzeuge: 266

Streuguteinsatz:

Salz: 114,4 t Splitt: 222,5 t

Kosten der Einsatztage: 257.440,27 Euro

Bisherige Bereitschaftstage: 9

Bisherige Einsatztage: 36

Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2011/2012: 1.731.762,64 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 16. Dezember 2011

Der Taxisgarten, eine Idylle in Gern, für die Öffentlichkeit zugänglich machen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhold Babor, Elisabeth Schmucker und Johann Stadler (CSU) vom 3.5.2011

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Die beantragte Kontaktaufnahme mit den für die Angelegenheit zuständigen staatlichen Dienststellen durch den Oberbürgermeister fällt in dessen Geschäftsbereich und stellt somit eine laufende Angelegenheit gemäß Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO dar. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 03.05.2011 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Sie beantragen, dass Herr Oberbürgermeister Ude bei den staatlichen Behörden darauf hin wirken sollte, den Taxisgarten für die Bevölkerung zu öffnen und damit insbesondere einen Aufenthaltsort für Seniorinnen und Senioren zu schaffen. In diesem Zusammenhang sehen Sie auch eine angemessene Umgestaltung als notwendig an.

Das Gelände des Taxisgartens (im Wesentlichen die Flurstücke 376/0 und 376/4, Gemarkung Nymphenburg) wurde in der Vergangenheit vom Freistaat Bayern an einen Verein verpachtet, der dieses als Erholungsort für (ältere) kriegsbeschädigte Menschen genutzt hat. Das Gelände war für die Öffentlichkeit nicht zugänglich, insbesondere wurde Kindern und jüngeren Menschen mit Behinderung kein Zugang ermöglicht.

Zuständig für die Grundstücksverwaltung beim Freistaat ist die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, Dienststelle Nymphenburg. Diese hat dem Baureferat auf Anfrage im Juli 2011 als offizielle Stellungnahme in dieser Angelegenheit eine am 31.05.2011 veröffentlichte Presseerklärung zugeleitet (s. Anlage 1). Aus dieser geht hervor,



dass die großen Münchner Behindertenverbände (Verein ANSWERK, OBA, Diakonie, CBF München, Gemeinsam Leben Lernen) mit ihrem gemeinsamen Verein Taxisgarten in Gründung und ihrem Bewerbungskonzept für das Gelände von der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen die Zusage für weitere exklusive Verhandlungen erhalten haben. Weiterhin geht aus der genannten Presseerklärung hervor, dass die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Irmgard Badura, dieses Bewerbungskonzept ebenfalls befürwortet.

Ihr Antrag bezieht sich demnach auf einen Fall, für den die zuständige Behörde des Freistaats bereits richtungsweisende Entscheidungen getroffen hat, so dass von einem fortgeschrittenen Verfahrensstand ausgegangen werden kann.

Das Sozialreferat erklärt zu Ihrem Antrag (s. Anlage 2) seine Position zur aktuellen Vorgehensweise der Bayerischen Staatsregierung und sieht, gemeinsam mit dem Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München, mit dem o.g. Bewerbungskonzept sichergestellt, dass die Erholungsfläche Taxisgarten verschiedenen Bevölkerungsgruppen – unabhängig von deren Alter oder Behinderung – zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung stehen wird. Es spricht sich gegen eine Reduzierung der Nutzung auf einzelne Bevölkerungsgruppen aus und befürchtet, dass die in Ihrem Antrag geforderte Öffnung des Geländes „insbesondere für Seniorinnen und Senioren“ wieder zu einer solchen Beschränkung führen könnte. Weiterhin teilt das Sozialreferat grundsätzlich zum Verfahren der Vergabe bzw. der Nutzung des Geländes mit, dass hierbei für die Landeshauptstadt München keinerlei Möglichkeit der konzeptionellen Einflussnahme besteht. Dies ist ausschließlich dem Grundstückseigentümer vorbehalten.

Ich bitte, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit abgeschlossen ist.

Die Anlagen können im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat“ auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.



Raumsituation in der Grundschule an der Herrnstraße

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Manuela Olhausen, Ursula Sabathil, Josef Schmid und Mario Schmidbauer (CSU) vom 14.7.2010

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Beantwortung auf diesem Weg erfolgt.

Das Baureferat wurde vom Referat für Bildung und Sport gebeten, den technischen Umfang sowie die anfallenden Kosten für die Bauarbeiten betreffend die Räume 401 (Lehrmittelraum) und 408 (Speicher) im Dachgeschoss des Schulgebäudes Herrnstraße 21 zu ermitteln. Diese Räume hätten dann u.a. auch von der Mittagsbetreuung der Grundschule als Betreuungsräume genutzt werden sollen.

Das Baureferat teilte uns auf diese Anfrage mit, dass sich die Kosten für die Bauarbeiten auf rund 500.000 Euro belaufen würden.

Die Arbeiten beinhalten neben den baulichen Maßnahmen für die beiden Räume im Dachgeschoss auch den notwendigen Austausch der Dämmung des Dachgeschosses, die zusätzliche brandschutztechnische Erüchtigung sowie den Einbau einer Sicherheitsbeleuchtung.

Erfreulicherweise konnte jedoch zwischenzeitlich für die Raumnöte der Mittagsbetreuung an der Grundschule Herrnstraße 21 eine andere Lösung gefunden werden.

Im Schulgebäude Herrnstraße 21 wurde bis vor einigen Monaten ein Raum in der 2. Etage (Raum 202) als Bezirksleitungsbüro des Referates für Bildung und Sport genutzt.

Aufgrund diverser Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich KITA innerhalb des Referates für Bildung und Sport ist dieses Büro an diesem Standort nicht mehr erforderlich. Der Raum 202 wurde bereits Ende April 2011 geräumt und stand somit ab 02. Mai 2011 als Schulraum wieder zur Verfügung.



Mit der Sachwaltung der Schulanlage Herrnstraße 21 besteht Einverständnis, dass dieser Raum von der Grundschule – in diesem Fall durch die Mittagsbetreuung – genutzt wird.

In der Zwischenzeit wurden auch bereits die für die Nutzung als Raum der Mittagsbetreuung erforderlichen Bauarbeiten (Herstellung von Anschlüssen für eine neue Küchenzeile) beim Baureferat in Auftrag gegeben. Die Arbeiten wurden in den Sommerferien 2011 durchgeführt.

Zur Situation der Eingangsklassen in der Grundschule kann mitgeteilt werden, dass nach derzeitigem Stand in der 1. Klasse 22 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.

Aufgrund dieser Zahlen ist eine weitere Eingangsklasse nicht zu erwarten. Die räumliche Situation dürfte sich demnach momentan wieder entspannen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 16. Dezember 2011

Hotline für jugendliche Opfer sexuellen Missbrauchs

Antrag Stadtrat Marian Offman (CSU)

Sanierung ernst nehmen – Verschleierung beenden!

Ehrliche Bestandsaufnahme bei der SKM GmbH

Anfrage Stadtrat Michael Kuffer (CSU)

Morgendlicher Expressbus zum Campus Pasing

Antrag Stadträte Siegfried Benker und Paul Bickelbacher
(Bündnis 90/Die Grünen)



Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
16.12.2011

Hotline für jugendliche Opfer sexuellen Missbrauchs

Für Kinder und Jugendliche wird im Rahmen eines vorläufig auf 6 Monate befristeten Projektes eine Hotline (Email und Telefon) für Opfer von sexuellem Missbrauch eingerichtet.

Das Projekt startet zum frühesten möglichen Zeitpunkt nach Antragsstellung. Nach sechs Monaten wird dem Stadtrat ein Erfahrungsbericht vorgelegt, der in anonymisierter Form die Kontaktdaten beinhaltet, auch differenziert nach Alter, weiblich/männlich und Migrationshintergrund.

Im Rahmen dieser Vorlage ist dann darüber zu entscheiden, ob das Projekt als Dauereinrichtung übernommen wird.

Die für das Projekt benötigten zusätzlichen Mittel sind außerplanmäßig bereitzustellen.

Die Hotline ist in den Medien in geeigneter Weise vorzustellen und bekannt zu machen, insbesondere ist in den Schulen darauf hinzuweisen.

Bei den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern, die für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen, muss es sich um entsprechend qualifizierte Personen handeln, z.B. Psychologen/innen mit Zusatzqualifikation in Traumatherapie, Kinder- und Jugendpsychiater usw.

Begründung:

Mit Betroffenheit hat die Öffentlichkeit den unlängst vorgelegten Abschlussbericht des Runden Tisches sexueller Kindesmissbrauch in Institutionen zur Kenntnis genommen. Dort heißt es u.a.: "Die meisten Taten werden von Menschen begangen, denen Kinder und Jugendliche ihr Vertrauen geschenkt haben. Der Missbrauch dieses Vertrauens prägt das Schicksal der Betroffenen, ihre persönliche Geschichte.

Wie das Erlebte verarbeitet wird, ist höchst individuell und hängt nicht nur von der Schwere und Dauer der Übergriffe ab. Es hängt auch davon ab, was Betroffene im Vorfeld schon erlebt und erlitten haben, ob und wie das Umfeld sie auffangen und ihnen dabei helfen kann, anderen Menschen wieder zu vertrauen, sowie davon, ob Schutz und Zugang zu professioneller Hilfe schnellstmöglich gewährleistet werden können" (Seite 9 des Abschlussberichtes).

Die Bedeutung professioneller Hilfe gilt für alle Opfer sexuellen Missbrauchs!

Mit der beantragten Hotline kann unbürokratisch und schnell Hilfe angeboten werden. Diese Hotline ist kein Ersatz für bisher schon bewährte Angebote, wie z.B. die Angebote der Kinderbeauftragten.

Mit dem Projekt sollen die von sexueller Gewalt betroffenen Kinder und Jugendlichen Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für ihre ganz speziellen Belange und Erfordernisse zur Verfügung haben.

gez.
Marian Offman
Stadtrat



Michael Kuffer

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Sanierung ernst nehmen – Verschleierung beenden!

Anfrage

Ehrliche Bestandsaufnahme bei der SKM GmbH

16.12.11

Das Städtische Klinikum München ist in schwere See geraten: 8.500 Arbeitsplätze, Mitarbeiter und deren Familien hängen davon ab, dass jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen und konsequent umgesetzt werden.

Voraussetzung hierfür ist eine ehrliche und umfassende Bestandsaufnahme. Wer in der gegenwärtigen Situation glaubt, unangenehme Wahrheiten „vertagen“ zu können, nimmt der Sanierung von vornherein jede Chance und unterschreibt damit das „Todesurteil“ des Städtischen Klinikums. Dies gilt es unter allen Umständen zu verhindern.

Leider zeigen die katastrophale Informationspolitik und das bewusste Zurückhalten von Informationen gegenüber dem Stadtrat, dass zumindest der 3. Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzende Monatszeder zu einer solchen Bestandsaufnahme ganz offensichtlich zumindest freiwillig nicht bereit ist. Das Gebaren innerhalb des Aufsichtsrates zeichnet hier das gleiche Bild wie die peinliche Brückierung des Gesundheitsausschusses in der letzten Sitzung vom 8. Dezember.

Deshalb muss nun die Stadt die ihr als Gesellschafter zustehenden, umfassenden Rechte (vgl. hierzu insbesondere: Zöllner, in: Baumbach/Hueck, GmbH-Gesetz, 19. Aufl. 2010, § 46 Rn. 50, 51) endlich wahrnehmen.

In diesem Sinne bitte ich den Oberbürgermeister, durch die Beantwortung folgender Fragen für rasche Aufklärung zu sorgen.

Dabei geht es um verschiedene Komplexe.

1. Notwendige Unterlagen für die Auseinandersetzung mit dem Sanierungskonzept

Die Information des Stadtrates über das Sanierungskonzept und dessen Umsetzung sollte in der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses nach der Vorstellung des 3. Bürgermeisters anhand eines 30 minütigen mündlichen Vortrages der Geschäftsführung erfolgen, zu dem der Bürgermeister die Vorlage jedweder schriftlichen Unterlage verweigert hat.

Eine solche Information ist wertlos und legt den Verdacht nahe, dass der Aufsichtsvorsitzende nicht hinter Aussagen der Geschäftsführung steht und sich dementsprechend nicht schriftlich darauf festlegen lassen will.

Um eine Mindest-Informationsbasis für die Auseinandersetzung mit dem Sanierungskonzept gewährleisten zu können, bitte ich um Vorlage folgender Unterlagen:

- 1.1 Bilanz und GuV mindestens der letzten 4 Jahre
- 1.2 Aktuell gültige Budgetvereinbarung mit den Kostenträgern sowie die zurückliegenden Vereinbarungen der Entgeltzeiträume der letzten 4 Jahre
- 1.3 Darstellung der Fallzahlenentwicklung
- 1.4 Darstellung der Entwicklung des Case-Mix-Index
- 1.5 Darstellung zur Situation der einzelnen Kliniken und Fachabteilungen
- 1.6 Differenzierte Kostenträgerrechnung bzw. Kostenstellrechnung

2. Notwendige Sicherung der wirtschaftlichen Basis und des Fortbestandes der Kliniken

Ausweislich der Geschäftsberichte der SKM sind seit der Gründung der GmbH bis einschließlich 2010 Jahresfehlbeträge in Höhe von rund 52,85 Mio. € aufgelaufen. Zusammen mit dem für dieses Jahr erwarteten Fehlbetrag von rund 43 Mio. € ergibt sich ein Verlust von knapp 100 Mio. €. Dieser Sachverhalt ist seit Monaten bekannt. Eine Eigenkapitalaufstockung in dieser Höhe deckt daher nur die aufgelaufenen Defizite, schafft aber keine Reserven für die Jahre 2012 und folgende, in denen die Geschäftsführung weitere Defizite erwartet. Doch erst jetzt hat der Herr Stadtkämmerer in der Presse Zweifel geäußert, ob die Eigenkapitalaufstockung in dieser Höhe überhaupt ausreicht. Damit wird der Sanierungserfolg in Zweifel gezogen und weiter große Verunsicherung geschürt. Es besteht der Verdacht, dass wesentliche Erkenntnisse wie bisher verschwiegen werden sollen.

Ich frage daher:

- 2.1 Seit wann ist dem Herrn Stadtkämmerer bewusst geworden, dass die Kapitalaufstockung in Höhe von 100 Mio. € nicht ausreichen dürfte und wen hat er außer der Presse und wann von dieser Erkenntnis unterrichtet?
- 2.2 In welcher Höhe hält der Herr Stadtkämmerer weitere finanzielle Hilfen für erforderlich. Auf welche Fakten stützt er diese Annahme und wie beurteilt der Herr Stadtkämmerer die Möglichkeit einer weiteren Finanzhilfe?

- 2.3 Hat der Herr Stadtkämmerer den Herrn Oberbürgermeister hiervon unterrichtet und welche Konsequenzen hat dieser daraus gezogen?
- 2.4 Ist insbesondere Vorsorge getroffen, dass eine solche weitere Kapitalaufstockung finanziert werden kann? Wurde diese in die laufende EU-rechtliche Prüfung einbezogen?

3. Informationsverhalten im Zuge der Defizitentwicklung

Ziel früherer Unternehmenspläne war es, bereits im Jahr 2010 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Dieses Ziel wurde in späteren Unternehmensplänen korrigiert. Aber auch dieses korrigierte Ziel wurde nicht erreicht. Eine nachhaltige Gegensteuerung ist nicht erfolgt. Auch die Defizitentwicklung des Jahres 2011 war bereits in den ersten Monaten des Jahres absehbar, ohne dass wirksame Maßnahmen dagegen unternommen wurden. Offensichtlich wurden wichtige Erkenntnisse aber auch nicht richtig bewertet, weitergegeben und bearbeitet. Die Problematik soll in verschiedenen Gesprächsrunden erörtert worden sein, ohne dass der Aufsichtsrat vom Vorsitzenden oder der Geschäftsführung informiert wurde. Öffentlich wurde der Vorwurf erhoben, Zahlen seien manipuliert worden. Es ergibt sich ein Bild einer absolut desolaten Organisation in der SKM und in der Stadtverwaltung.

Ich frage daher:

- 3.1 Wann ist die tatsächliche Höhe des Defizits des Jahres 2011 erstmals erkannt worden? Wer hat es ermittelt und wer wurde wann davon unterrichtet?
- 3.2 Welche Informationen hat Frau Dr. Harrison und von wem über die Defizitentwicklung des Jahres 2010 (zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung und bis zu ihrer Anstellung) und das voraussichtliche Defizit 2011 nach ihrem Dienstantritt erhalten?
- 3.3 Welche Informationen hat zu welchem Zeitpunkt der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Bürgermeister Monatzeder und die Geschäftsführerin Frau Dr. Harrison über die Defizitentwicklung beider Jahre erhalten und an wen hat er sie weitergegeben?
- 3.4 Hat der Aufsichtsratsvorsitzende zu irgendeinem Zeitpunkt selbst Informationen erhalten bzw. erbeten? Was wurde ihm dabei mitgeteilt und was hat er unternommen? Gibt es dazu Aufzeichnungen?
- 3.5 Wer hat wann den Herrn Oberbürgermeister erstmals über die bedrohliche Entwicklung unterrichtet und hat der Herr Oberbürgermeister von sich aus Informationen erbeten insbesondere nachdem im Laufe des Jahres immer wieder kritische Presseberichte erschienen?
- 3.6 Welche Maßnahmen zur Defizitbegrenzung wurden nach den verschiedenen Gesprächen und Informationsrunden von den Beteiligten jeweils veranlasst? Sind diese dokumentiert? Wie haben sie gewirkt?

4. Nicht umgesetzte Organisationsmaßnahmen zur Kostensenkung*

Herr Haffner hat in einem Zeitungsinterview erklärt, er habe bei seiner falschen Prognose für das Defizit 2011 "*Zahlen dargestellt, die erreichbar sind, wenn bestimmte Maßnahmen umgesetzt werden, die ich genannt habe*". Diese Maßnahmen seien aber nicht umgesetzt worden.

Ich frage daher:

- 4.1 Um welche Maßnahmen handelte es sich dabei? Gibt es dazu einen schriftlichen Maßnahmenkatalog, der den Entscheidungsträgern vorgelegt und von diesen auch beschlossen wurde? Gab es für deren Umsetzung einen Zeitplan, eine wirtschaftliche Bewertung im Einzelnen und konkrete Handlungsanweisungen an die für die Umsetzung zuständigen Bereiche?
- 4.2 Da es sich hierbei um originäre Aufgaben des operativen Geschäftes handelt, wer war für die Umsetzung innerhalb der Geschäftsführung hierfür verantwortlich, welche Anordnungen und welche Kontrollmechanismen hat das verantwortliche Mitglied der Geschäftsführung zur Umsetzung eingesetzt und wann wurde wem bekannt, dass die Maßnahmen nicht umgesetzt wurden?
- 4.3 Wie hat Herr Haffner reagiert, als er merkte, dass die Maßnahmen nicht umgesetzt werden und die Defizitplanung aus dem Ruder läuft? Wen hat er hiervon wann unterrichtet?

5. Geldverschwendung

Der Herr Aufsichtsratsvorsitzende Monatzeder hat in der Presse geäußert, im Klinikum werde Geld zum Fenster hinausgeworfen.

Ich frage daher:

- 5.1 Auf welche konkreten Sachverhalte bezieht sich diese Aussage? Seit wann sind ihm diese Sachverhalte bekannt?
- 5.2 Was hat er in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender wann unternommen, um diese Sachverhalte aufzuklären und abzustellen?

6. Controlling durch die Stadt als Gesellschafter

Ganz offensichtlich hat das Beteiligungscontrolling nicht funktioniert, weil die rapide Defizitentwicklung zu keinen erkennbaren und wirksamen Maßnahmen geführt hat. Die Beteiligten haben sich nicht nur in der Presse widersprüchlich zum Hergang geäußert. Auch das Revisionsamt konnte in seinem Bericht an den Herrn Oberbürgermeister weder klare Feststellungen zum Hergang treffen noch stringente Maßnahmen zur Problemlösung finden. Dies gilt sowohl für den Bereich der Geschäftsführung, des Aufsichtsratsvorsitzenden, das Betreuungsreferat und den Oberbürgermeister selbst.

Ich frage daher:

- 6.1 Hält der Herr Oberbürgermeister das Beteiligungsmanagement der Stadt nach den Erfahrungen mit der SKM für ausreichend und effizient organisiert?
- 6.2 Sieht sich der Herr Oberbürgermeister überhaupt noch in der Lage, künftig eine geordnete Verwaltung sicherstellen und mit welchen Maßnahmen?

gez.

Michael Kuffer, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 16.12.2011

Antrag

Morgendlicher Expressbus zum Campus Pasing

Der Stadtrat möge beschließen:

Die MVG wird gebeten, während der Semesterzeiten den Einsatz von einigen Direkt-/Expressbussen in der Morgenspitze (Zeitraum Abfahrt ca. 7.15 bis 8.00 Uhr) vom Pasinger Bahnhof zur Fachhochschule zu prüfen.

Begründung:

Die Busse der Linie 160 sind zur Morgenspitze stark überfüllt. Den Berichten der Studierenden zufolge kommen die überfüllten Busse nur langsam voran, weil sich bei den vollen Bussen die Einsteige- und Aussteigevorgänge verzögern. Die Studentinnen und Studenten beklagen die häufigen Verspätungen und die vollen Busse. Kürzlich haben sie Herrn Oberbürgermeister Ude und den Münchner Stadträtinnen und Stadträten ca. 1200 Unterschriften übergeben.

Durch den Einsatz von Direktbussen vom Bahnhof zur Universität könnte u.U. der Fahrtverlauf auf der regulären Linie 160 verstetigt und beschleunigt werden, weil sie weniger überfüllt wäre. Gleichzeitig würde sich bei Direktbussen die Fahrzeit vom Bahnhof zur Fachhochschule verkürzen, so dass möglicherweise bei der gleichen eingesetzten Zahl von Fahrern und Bussen ein bis zwei Fahrten mehr möglich sind.

Bereits heute werden zahlreiche Verstärkerbusse zugunsten der Hochschule eingesetzt. Ein auf die Bedürfnisse der Hochschule angepasstes Angebot ist nichts Ungewöhnliches. Nach der Realisierung einer Trambahnwendeschleife an der Lothstraße wird auch die Fachhochschule in der Lothstraße zur Semesterzeit einen dichteren Takt bekommen als sonst.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob auch die von der Buslinie erschlossenen Gymnasien von einem Expressbus profitieren könnten.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Siegfried Benker
Mitglieder des Stadtrates